97-84235-10

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Die Bildung der Sozialdemokratischen...

[S.l.]

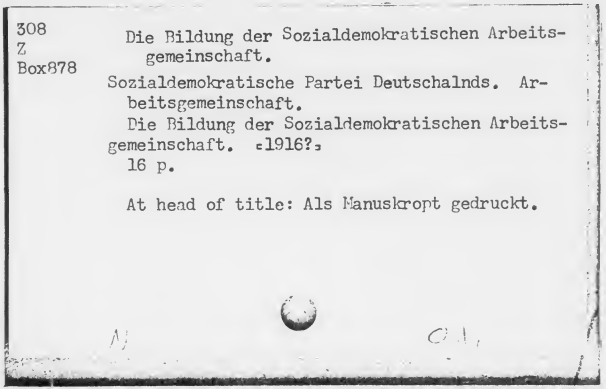
[1916?]

97-84235-10
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD


308
Z
Box878

Die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.

Sozialdemokratische Partei Deutschalnds. Arbeitsgemeinschaft.
Die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. ‹1916?›
16 p.

At head of title: Als Manuskript gedruckt.

RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 11:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 11-6-97 INITIALS: PB

TRACKING # : 29221

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

Als Manuskript gedruckt.

Die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.

308
N
Box 878

45786D

OCT 25 1956 GLS

Als Manuskript gedruckt.

Die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.

Werter Genosse! Ueber die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft hat der Vorstand dieser Fraktion folgende Darstellung gegeben, die wir Ihnen zu Ihrer **privaten Information** mitteilen.

I.

Tiefgehende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstags haen am 24. März 1916 zum Hinausdrängen einer Anzahl Parteigenossen aus der Fraktion geführt. Die Hinausgedrängten wurden dadurch genötigt, um ihre parlamentarischen Rechte wahrzunehmen und ihre Parteipflichten im Reichstag erfüllen zu können, sich zu einer eigenen Fraktion zusammenzuschließen, die den Namen „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft" erhalten hat.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat sich sofort mit einer Kundgebung (siehe S. 15) an die Oeffentlichkeit gewandt und im übrigen durch ihre Betätigung im Reichstag ihr Daseinsrecht erwiesen. Unausgesetzte irreführende Angriffe von Wortführern der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteivorstandes machen eine Darstellung der Hauptvorgänge, die zu der Fraktionsspaltung führten, erforderlich.

II.

Die Genossen, die in der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft vereinigt sind, haben ihr Aeußerstes getan, um die formale Einheit der Partei aufrecht zu erhalten. Die Gründe für die Trennung liegen nicht etwa in persönlichen Differenzen, sondern in der verschiedenartigen Stellung der einzelnen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zum Weltkriege und zu den durch ihn aufgeworfenen großen Problemen. Die Genossen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft stehen auf dem Standpunkt, daß für die Haltung der sozialdemokratischen Volksvertreter in diesen augenblicklich wichtigsten Lebensfragen des Proletariats die Beschlüsse der internationalen Kongresse, die durch die sozialdemokratische Partei Deutschlands gutgeheißen wurden, maßgebend zu sein haben. In den Beschlüssen von Stuttgart zum Kriege heißt es:

> Der Kongreß betrachtet es als Pflicht der arbeitenden Klassen und insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten, unter Kennzeichnung des

Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft und der Triebfeder für die Aufrechterhaltung der nationalen Gegensätze mit allen Kräften die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern, sowie dahin zu wirken, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt werde.

Der Kongreß sieht in der demokratischen Organisation des Wehrwesens, der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, eine wesentliche Garantie dafür, daß Angriffskriege unmöglich werden und die Ueberwindung der nationalen Gegensätze erleichtert wird.

In dem Kopenhagener Beschluß wird dann unter Bekräftigung des Stuttgarter Beschlusses insbesondere noch hinzugefügt:

> Indem der Kongreß festhält an der wiederholt ausgesprochenen Verpflichtung der sozialistischen Vertreter in den Parlamenten, die Rüstungen mit allen Kräften zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern, erwartet er von diesen Vertretungen:
>
> a) die beständige Wiederholung der Forderung, daß internationale Schiedsgerichte obligatorisch in allen zwischenstaatlichen Streitfällen entscheiden;
>
> b) immer erneuerte Anträge, die auf die allgemeine Abrüstung hinzielen, zunächst und vor allem auf den Abschluß einer Uebereinkunft, durch welche die Seerüstungen beschränkt und das Seebeuterecht beseitigt werden;
>
> c) das Verlangen auf Abschaffung der geheimen Diplomatie und die Veröffentlichung aller bestehenden und künftigen Verträge und Abmachungen zwischen den Regierungen;
>
> d) das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und deren Verteidigung gegen kriegerischen Angriff und gewaltsame Unterdrückung.

Aus diesen Beschlüssen geht zweierlei klar hervor: Die sozialistischen Parteien, die auf dem Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes stehen, erkennen nicht die Verpflichtung an, nach Ausbruch eines Krieges einer kapitalistischen Regierung unbedingt die Mittel zur Durchführung dieses Krieges zu bewilligen. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und die wiederholte Betonung der Notwendigkeit der Wehrhaftmachung des Volkes (Ersetzung der stehenden Heere durch Volkswehren läßt aber ebensowenig die Deutung zu, daß eine sozialistische Partei sich auch dem Gedanken der Selbstverteidigung eines Volkes völlig ablehnend gegenüber stellen könne. Völlig verfehlt ist es, die Frage der Kreditbewilligung schablonenhaft auf die Zustimmung oder Ablehnung des Begriffs der „Vaterlandsverteidigung" zurückzuführen.

Die Pflicht der **Vaterlandsverteidigung** ist eine **staatsrechtliche Pflicht, die für den Einzelnen** aus der Zugehörigkeit zu einem Staatswesen erwächst. **Die Bewilligung von Kriegskrediten** ist ein **politischer Akt.** Die Entscheidung darüber hängt ab von dem Charakter des Kriegs, um den es sich handelt, von der Kriegspolitik, die die Landesregierung verfolgt, insbesondere von ihren Kriegszielen. In weiterem Sinne handelt es sich dabei um die **Regierungspolitik überhaupt,** ist doch der Krieg die Fortsetzung der Politik mit den Mitteln der **Militärgewalt.**

Nun ist der gegenwärtige Krieg ein imperialistischer **Machterweiterungskrieg und Weltausbeutungskonflikt** zweier großer Mächtebünde. Dies wird jetzt in sozialistischen Kreisen durchweg anerkannt. Nach Ansicht von 14 sozialdemokratischen Abgeordneten ergab sich aus diesen Erwägungen heraus bereits am 4. August 1914, daß für die Bewilligung der Kriegskredite die Voraussetzungen nicht gegeben waren; sie meinten, daß der Regierung, gegen deren gesamte ausgesprochen kapitalistische Politik in Friedenszeiten die Sozialdemokratie den entschiedensten Kampf geführt hat, auch für ihre imperialistische Kriegspolitik nicht die Zustimmung und das Vertrauen der Sozialdemokratie verdiene. Die Mehrheit ließ sich durch die Erwägung, daß drei Großmächte gleichzeitig Deutschland bedrohten, zum Teil auch durch die ausgegebene Parole **„Gegen den Zarismus"** und durch die Besorgnis vor dem Kosakeneinbruch zu der Ansicht bewegen, daß Deutschlands Existenz als selbständiges Staatswesen gefährdet sei und daß deshalb auch Sozialdemokraten sich von der Bewilligung der Kriegskredite nicht ausschließen könnten.

Diesem Mehrheitsbeschluß glaubte die Minderheit aus Rücksicht auf das Parteiinteresse sich fügen zu müssen, um in dieser kritischen Situation einen Konflikt in der Partei nach Möglichkeit zu verhüten. Auch die Minderheit stimmte deshalb am 4. August im Reichstage mit der Mehrheit für die Kredite. Nicht indes gab sie ihre Bemühungen auf, die Mehrheit von der Nichtigkeit der Kreditablehnung und einer Bekämpfung der imperialistischen Regierungspolitik zu überzeugen.

Die Minderheit wurde umso mehr zu diesem Vorgehen angetrieben, als die internationalen Kongresse der Sozialdemokratie für die Zeit **nach** Ausbruch eines Krieges die Direktive gegeben hatten:

> „Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

In sinngemäßer Befolgung dieser Forderung hätte eine jede sozialistische Partei in den kriegführenden Ländern die Verpflichtung gehabt, **sofort nach Ausbruch des Krieges proletarische Aktionen für den Frieden** einzuleiten, sowie den **Klassenkampf gegen das Ausbeutertum wachzuhalten** und zu **verstärken.**

Die Mehrheit beharrte trotzdem bei einer **Politik des Durchhaltens in der Gefolgschaft der Kriegspolitik der Regierung und des „Burgfriedens" gegenüber den bürgerlichen Parteien.**

So trat sie auch für die Bewilligung der zweiten Kreditforderung im Dezember 1914 ein. Die Minderheit in der Fraktion war indes auf 17 Stimmen angewachsen. Genosse Lensch, einer der 14 vom 4. August 1914, stimmte diesmal mit der Mehrheit. Dagegen entschloß sich Genosse Liebknecht, nicht mehr dem Fraktionsbeschluß sich zu fügen; er stimmte am 2. Dezember zum ersten Male **im Plenum des Reichstags gegen die Kredite.**

Die öffentliche Aussprache wurde durch die rigorose Handhabung des Belagerungszustandes äußerst erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Um so heftiger wurden die inneren Kämpfe, die weit über die Frage der Kreditbewilligung hinauswuchsen. Ende Dezember 1914 legte infolgedessen Genosse Ledebour sein Amt als Vorstandsmitglied der Fraktion nieder, da er glaubte, die Mitverantwortung für das Verfahren der Mehrheit des Fraktionsvorstandes nicht länger tragen zu dürfen. An seiner Stelle wurde Genosse Hoch in den Fraktionsvorstand gewählt. Als dann im Mai 1915 die Frage der Kreditbewilligung sich verknüpfte mit der Abstimmung über das **Budget,** nahm die Zahl der Bewilligungs-Gegner **in der Fraktion wieder zu; sie beschlossen**

diesmal, vor der Abstimmung den Saal zu verlassen. Liebknecht und Rühle stimmten auch im Plenum gegen die Kredite und das Budget.

Schon damals erzeugte die für Deutschland und seine Verbündeten stetig günstiger werdende Kriegslage im Schoße der bürgerlichen Parteien Stimmung für die öffentliche Geltendmachung von Annexionswünschen, ohne daß die Mehrheit der Fraktion sich dazu aufraffte, solchen Bestrebungen entschieden Widerstand zu leisten. Aus den Kreisen der Opposition erfolgten im Monat Juni zwei öffentliche Kundgebungen, die der Gesamtpartei dringlich ans Herz legten, der Kriegspolitik im Schlepptau der Regierung zu entsagen.

Die Minderheit in der Fraktion wuchs bei einer neuen Kreditbewilligung im August 1915 abermals an, doch nahm sie auch diesmal noch Abstand von der öffentlichen Abstimmung gegen die Kredite, immer wieder bestrebt, den Konflikt innerhalb der Fraktion so lange wie irgend möglich nicht zum Aeußersten zu treiben. 30 Abgeordnete verließen diesmal vor der Abstimmung den Saal.

III.

Die Gegensätze spitzten sich jedoch zu einer Krise zu, als im Dezember 1915 der Reichstag zu einer kurzen Tagung zusammenberufen wurde. Die Minderheit hielt es für unbedingt erforderlich, durch eine Interpellation eine Aussprache im Reichstage über die Friedensmöglichkeit und die Friedensbedingungen herbeizuführen. Sie einigte sich schließlich auf folgende Fassung:

> „Ist der Herr Reichskanzler zu sofortigen Friedensverhandlungen auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen jeder Art durch alle beteiligten Länder bereit?"

Zur Annahme gelangte jedoch ein abgeschwächter Antrag des Fraktionsvorstandes, der dahin ging:

> Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, unter welchen Bedingungen er geneigt ist, in Friedensverhandlungen einzutreten?

Der Unterschied zwischen den beiden Fassungen liegt auf der Hand: Die Minderheit verlangte von der Regierung die Initiative zu Friedensverhandlungen und stellte dafür die den sozialdemokratischen Grundsätzen entsprechende Forderung auf: Verzicht auf Annexionen, also auf die gewaltsame Einverleibung von Gebietsteilen gegen den Willen ihrer Bevölkerungen. Die Mehrheit verlangte nur zu wissen, unter welchen Bedingungen der Kanzler in Friedensverhandlungen eintreten würde.

Nach einer sehr eingehenden Debatte wurde die Minderheitsfassung mit 58 gegen 43 Stimmen abgelehnt und dann die Mehrheitsfassung angenommen. Immerhin war wenigstens die Einbringung einer Interpellation überhaupt erzielt. Als die Redner bestimmt werden sollten, verweigerte die Mehrheit jedoch die Wahl eines Redners aus der Minderheit. Sie verlangte für sich beide Redner. Die von ihr vorgeschlagenen Genossen Lensdsberg und Scheidemann erhielten bei der Abstimmung die Mehrheit, doch entfielen auf den von der Minderheit vorgeschlagenen Genossen Haase 47 Stimmen, also nahezu die Hälfte der 101 Anwesenden.

Am 9. Dezember gab zunächst vor Eintritt in die Tagesordnung der Reichskanzler einen Ueberblick über die Kriegslage, aus der er die Zuversicht auf einen endgültigen Sieg Deutschlands und seiner Verbündeten schöpfte. Er bestritt, daß von deutscher Seite aus versucht sei, auf Umwegen Friedensverhandlungen anzubahnen. Durch kein Wort gab er zu erkennen, welche Stellung die Reichsregierung zur Friedensfrage einnehme.

Zur Begründung der Interpellation forderte dann Scheidemann, daß der Reichskanzler Friedensangebote mache und führte aus:

> „Wie liegen nun die Dinge? **Das Ziel der Sicherung, soweit es sich um den militärischen Schutz gegen feindlichen Einbruch handelt, ist erreicht.** Ein Blick auf die Kriegskarten zeigt, wo unsere Truppen stehen: in Belgien, in Frankreich, in Rußland, in Serbien. Glauben die Gegner wirklich, daß sie den Krieg noch in unsere Gaue werden tragen können? Glauben sie es noch, nachdem alle mit größter Gewalt unternommenen Vorstöße gegen die stählernen Mauern, die unser Land beschützen, mißlungen sind? Es handelt sich jetzt in Wirklichkeit nur noch um die Frage, ob unsere Gegner zum Frieden bereit sind.
>
> Ich kenne jene Theorie, nach der der Besiegte den Frieden anzuregen hat. Diese Theorie setzt voraus, daß der eine Teil sich wirklich für besiegt erklärt. Es ist möglich gewesen und vielleicht auch noch möglich, daß in einem Kriege der eine Teil auf die Knie gezwungen werden kann, nämlich dann, wenn kleinere und mittlere Staaten gegeneinander kämpfen. Bei einem ganz Europa aufwühlenden Koalitionskriege, wie wir ihn jetzt durchleben, ist das ausgeschlossen.
>
> (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)
>
> Vom Frieden kann und sollte auch zuerst der reden, dessen militärische Position und wirtschaftliche Stärke ihm gestattet, auch jede Mißdeutung seiner Bereitschaft zum Frieden als eines Zeichens der Schwäche mit ruhigem Kraftbewußtsein hinzunehmen. Demnach können wir von Frieden reden, deshalb müssen wir auch vom Frieden reden!"

In seiner Antwort gab der Reichskanzler zunächst zu, daß es unberechtigt sein würde, in der Erörterung der Friedensfrage ein Zeichen der Schwäche zu erblicken und betonte dann schärfer noch als in seiner voraufgegangenen Rede, daß Deutschland und seine Verbündeten ungeheure Erfolge erzielt hätten, und daß das Spiel für die Gegner verloren sei.

Herr v. Bethmann Hollweg sprach also unzweifelhaft als Sieger. Trotzdem lehnte er es ab, die Initiative zu Friedensverhandlungen zu ergreifen. Er fand, daß die ausschweifenden Kriegsziele der gegnerischen Staatsmänner, die von einer „Niederkämpfung des deutschen Militarismus" redeten, der tatsächlichen Lage nicht angepaßt seien, und sprach sich dann über das allgemeine Kriegsziel der Reichsregierung im Anschluß an frühere Aeußerungen dahin aus:

> „Ich kann nicht sagen, welche Garantien die Kaiserliche Regierung z. B. in der belgischen Frage fordern wird, welche Machtgrundlagen sie für diese Garantien für notwendig erachtet. Aber eines müssen sich unsere Feinde selbst sagen: Je länger und je erbitterter sie diesen Krieg gegen uns führen, **um so mehr wachsen die Garantien,** die für uns notwendig sind.
>
> (Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)
>
> Wollen unsere Feinde für alle Zukunft eine Kluft zwischen Deutschland und der übrigen Welt aufrichten, dann sollen sie sich nicht wundern, daß auch wir unsere Zukunft danach einrichten. Weder im **Osten noch im Westen** dürfen unsere Feinde von heute über Einfallstore verfügen, durch die sie uns von morgen ab aufs neue und schärfer als bisher bedrohen.
>
> (Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)
>
> Es ist ja bekannt, daß Frankreich seine Anleihen an Rußland nur unter der ausdrücklichen Bedingung gegeben hat, daß Rußland die polnischen Festungen und Eisenbahnen gegen uns ausbaute. Und ebenso ist es bekannt, daß England und Frankreich Belgien als ihr Aufmarschgebiet gegen uns betrachteten. **Dagegen müssen wir uns politisch und militärisch und wir müssen auch wirtschaftlich** die Möglichkeit unserer Entfaltung sichern. **Was** dazu nötig ist, **muß** erreicht werden."

Bei der Forderung, daß die Feinde keine Einfallstore im Osten und Westen mehr zur Verfügung haben dürfen, ist allerdings der ausdrückliche Anspruch auf die **Annexion** belgischer und polnischer Gebiete vermieden worden, aber der ganze Zusammenhang in Verbindung mit den früheren Aeußerungen einflußreicher Persönlichkeiten läßt nur die Deutung zu, daß es sich da mindestens um **verschleierte Annexionen** handelt, die in der Form zwangsweise durchgeführter wirtschaftlicher, militärischer und politischer Angliederungen unter Umständen noch weit drückender sein können, als zwangsweise Gebietserweiterungen, weil sie die angegliederten Länder zu Vasallenstaaten der Vormacht herabdrücken und damit die **Entrechtung** der angegliederten Völker oder Volksteile in entscheidenden Lebensfragen bedingen.

Diesem Bekenntnis des Reichskanzlers zu einer verschleierten Annexionspolitik trat dann der Redner der gesamten bürgerlichen Parteien, der **Abgeordnete Spahn**, mit der **unverhüllten** Forderung von Annexionen zur Seite. Seine kurzen Ausführungen gipfelten in dem Satz:

> „Mögen unsere Feinde sich erneut zum Ausharren im Kriege verschwören: wir warten in voller Einigkeit, mit ruhiger Entschlossenheit — und lassen Sie mich einfügen: in Gottvertrauen — die Stunde ab, die Friedensverhandlungen ermöglicht, bei denen für die Dauer die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfange und mit allen Mitteln, **einschließlich der dazu erforderlichen Gebietserwerbungen** gewahrt werden müssen."

Das also war das Ergebnis der sozialdemokratischen Interpellation: **Nicht einmal** den bescheidensten Ansprüchen an Friedensgeneigtheit waren die berufenen Vertreter der Reichsregierung und der bürgerlichen Parteien entgegengekommen. Die Antwort des Kanzlers schob die Friedensmöglichkeit weiter hinaus als je. Die Drohung mit steigenden Garantieforderungen für den Fall einer Verlängerung des Krieges konnte nicht etwa die Wirkung haben, die gegnerischen Mächte einzuschüchtern, sie mußte vielmehr ihren Widerstand verstärken. Jedenfalls war das von der Fraktion verlangte Friedensangebot entschieden zurückgewiesen worden. Daraus erwuchs mit zwingender Notwendigkeit **für den zweiten Redner der Sozialdemokratie die Pflicht, der Regierung und den bürgerlichen Parteien eine scharfe Absage zu erteilen.**

Das leuchtete wohl selbst den bürgerlichen Parteien ein. Sie hatten deshalb den Plan ausgeheckt, den zweiten Sozialdemokraten vor ihrem eigenen Redner sprechen zu lassen und unmittelbar darauf die Debatte zu schließen, um der unverhüllten Annexionsforderung das letzte Wort zu sichern. Da Landsberg aber erst hinter Spahn in der Rednerliste eingetragen war, wurde sofort nach Abgabe der Spahnschen Erklärung vom Präsidenten ein Antrag auf Schluß der Debatte zur Abstimmung gebracht. Es waren gerade Vertreter der durch den Mehrheitsbeschluß der Fraktion von der Debatte ausgeschalteten sozialdemokratischen Minderheit, die in sofortiger Erfassung der Situation energisch gegen die Vergewaltigung protestierten. In einer stürmischen Geschäftsordnungs-Debatte verlangten nacheinander die Genossen **Haase, Ledebour, Stadthagen** und **Liebknecht** die Wiederaufnahme der Debatte, indem sie gleichzeitig betonten, daß auch die angekündigte Annexionspolitik zurückgewiesen werden müßte.

Dem Verlangen nach Wiederaufnahme der Debatte schloß sich auch Scheidemann und Landsberg an. **Landsberg** erhob aber, als er das Wort erhielt, keinen Protest gegen die Gewaltpolitik der bürgerlichen Parteien, sondern drückte in sanftem burgfriedlichem Ton die Hoffnung aus, das Haus möge den Vorfall, der sich soeben abgespielt habe, baldigst vergessen. Um die Zurückweisung der unverhüllten Annexionsforderung der bürgerlichen Parteien drückte er sich mit der Redewendung herum, seine Aufgabe sei es nicht, Herrn Spahn, sondern dem Kanzler zu antworten — eine völlig neue Auffassung eines Parlamentariers, und zumal eines sozialdemokratischen! Kein

Wort des Tadels gegen den Kanzler, der die von der sozialdemokratischen Fraktion erhobene Forderung ein Friedensangebot zu machen, schroff von sich gewiesen hatte. Ja, für die verschleierten Annexionsforderungen fand er die wohlwollendsten Auslegungen.

Seine Rede zu einer Friedensinterpellation schloß der Sozialdemokrat mit einer Drohung an die Gegner:

> „Wer das Messer erhebt, um Stücke vom Körper des deutschen Volkes zu schneiden, der wird, mag er ansetzen, wo er will, auf das in der Verteidigung einige deutsche Volk stoßen, das ihm das Messer aus der Hand schlagen wird."

Der stenographische Bericht verzeichnet darauf: Allseitiger stürmischer Beifall und Händeklatschen.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß unter den Händeklatschern sich auch der Reichskanzler selbst befand. Kein Wunder, denn der Vertreter der Sozialdemokratie hatte gesprochen wie ein Regierungskommissar, dem die Verteidigung der Regierungspolitik Beruf ist.

Die Minderheit der Fraktion hielt es für ihre Pflicht, von der Fraktion eine Entscheidung darüber herbeizuführen, wie sie sich zu diesem Verhalten ihres erkorenen Wortführers stellen wolle. In der nachfolgenden Fraktionssitzung wurde ein Antrag eingebracht, die Fraktion wolle erklären, daß sie mit den Ausführungen Landsberg in der Debatte über die Friedensinterpellation **nicht einverstanden sei.** Von einem Tadel war abgesehen: es handelte sich bei der Abstimmung also nur um eine sachliche Stellungnahme.

Die Debatte in der Fraktion brachte nun eine neue Enthüllung. Auf die Darlegungen der Minderheitsredner, daß in den Anspielungen des Kanzlers auf wachsende Garantien und auf die Unzulässigkeit, den Feinden Einfallstore im Osten und Westen zu lassen, unzweifelhaft Annexionspläne verborgen seien, antwortete Landsberg nicht etwa: „Bewahre, das ist ganz ausgeschlossen! Er verteidigte vielmehr den Gedanken, feindliche Einfallstore dem Deutschen Reich einzuverleiben, mit dem Einwand: „Ja, wenn nun wirklich zur besseren Verteidigung Deutschlands im Osten die **Annexion der Narew-Linie** verlangt würde, dürfte irgend ein Deutscher dagegen Widerspruch erheben?"

Was diese Frage bedeutet, erhellt aus folgendem: Die Annexion der Narew-Linie käme hinaus auf die Angliederung eines Gebiets mit mehreren Millionen nichtdeutscher Einwohner! Ueber diese Schwierigkeit half sich Landsberg mit der Frage hinweg: „Was wohnen denn da für Leute? Das sind Polen und Juden. Wenn die vor die Frage gestellt werden, ob sie lieber wieder unter die russische Knute kommen, oder dem Deutschen Reich angegliedert werden wollen, werden sie sich da nicht alle für Deutschland entscheiden?"

Für die Einwohner jener Gebiete und auch für jeden Sozialdemokraten lautet aber die Frage nicht so, wie Landsberg sie gestellt hat: entweder russische Knute oder preußische Fuchtel, sondern: „Wollt ihr wieder **unter Fremdherrschaft** kommen, sei es nun russische oder preußische, oder wollt ihr einem **selbständigen polnischen Staatswesen angehören?**" Und wenn die Frage so gestellt wird, so kann man sicher darauf rechnen, daß die ganz überwiegende Mehrzahl sich für ein selbständiges Polen entscheiden wird. Da die Polen insgesamt nichts mehr verabscheuen, als die abermalige Zerreißung ihres unglücklichen Landes, so würde die Ausführung des Landsbergschen Annexionsplanes das polnische Volk dauernd zum Todfeinde Deutschlands machen und es für künftige Kriege jedem Feinde Deutschlands in die Arme treiben.

Die Auslegung, die Landsberg den Bethmannschen Andeutungen über die „Einfallstore" gab, stand außerdem in diametralem Gegensatz zu seiner in der Oeffentlichkeit versuchten Hinwegdeutelung jeglichen Annexionsplanes aus den Worten des Kanzlers.

Man hätte nun meinen sollen, daß diese Eingeständnisse Landsbergs der Fraktionsmehrheit, wenn sie wirklich zu ihrer wiederholt betonten Bekämpfung des **Annexions-**

gedan es hätte stehen wollen, Anlaß hätte geben müssen, von Landsberg abzurücken. Aber weit gefehlt! Die Mehrheit billigte und verteidigte Landsbergs Auftreten.

Besonders aufklärend wirkt es, wie ein hervorragender Ausleger der Mehrheitspolitik, der Genosse Dr. Lensch, die Gedanken der Mehrheit erläutert:

> „Auch in Deutschland ist die sozialdemokratische Fraktion nicht so naiv gewesen, von den kapitalistischen Klassen zu verlangen, sie sollten antikapitalistische Politik machen und ausdrücklich auf jede Gebietserweiterung verzichten. Sie begnügte sich damit, Einspruch gegen Vergewaltigung und schrankenlose Annexionen zu erheben."

Man vergegenwärtige sich, was dieses Geständnis im Munde eines Sozialdemokraten bedeutet. Schrankenlose Annexionen fordert überhaupt kein Mensch. Selbst die ausschweifendsten Annexionspolitiker setzten irgendwo ihren Forderungen Schranken. Die Verwerfung „schrankenloser" Annexionen liefert deshalb kein Unterscheidungs-Merkmal zwischen der Kriegspolitik des Dr. Lensch und seiner Freunde einerseits, der Neven Lore und Konsorten andererseits. Daß aber auch seiner Verwahrung gegen „Vergewaltigung" keine ernsthafte Bedeutung beizumessen ist, dafür lieferte Lensch in jener Fraktionsdebatte einen schlagenden Beweis.

Daß Deutschland keine Einfallstore in den Händen der Gegner lassen dürfe, unterstützte Lensch mit dem Hinweis auf Belfort. Er meinte, wenn Belfort 1871 gleichfalls annektiert worden wäre, so hätten tausende deutscher Soldaten im gegenwärtigen Kriege ihr Leben nicht verloren. Damit tadelt ein Sozialdemokrat des Jahres 1915 die Annexionspolitik Bismarcks wegen zu großer Bescheidenheit. Denn 1871 hat Moltke aus den nämlichen strategischen Erwägungen, wie heute Lensch, die Annexion von Belfort und Metz gefordert, während Bismarck diesen Forderungen Widerstand leistete, weil er keine Gebietsteile mit französisch sprechender Bevölkerung annektiert haben wollte. In bezug auf Belfort drang sein Einspruch durch, in bezug auf Metz unterlag er. Selbst wenn man heute die strategischen Erwägungen des Dr. Lensch an sich als richtig anerkennen wollte, so müßten sie doch für einen Sozialdemokraten völlig über den Haufen geworfen werden durch die politische Erwägung, daß die Losreißung irgend welcher neuer Gebietsteile von Frankreich und die dadurch bewirkte Vergewaltigung der Bevölkerung einen weit schwereren Nachteil für Deutschland herbeiführen müßte: auf unabsehbare Zeit würde die ständige Gefahr eines neuen Krieges zwischen Frankreich und Deutschland dadurch heraufbeschworen. Jeder Gegner Deutschlands könnte von neuem auf Frankreich als auf einen opferbereiten Bundesgenossen rechnen.

IV.

Damit war über alle Zweifel klargestellt, daß das Programm der sozialdemokratischen Partei und die Beschlüsse der internationalen Kongresse für die Mehrheit nicht mehr richtunggebend waren. Damit war auch erwiesen, daß die Fraktion sich nicht einmal mehr an die Erklärung vom 4. August 1914 hielt, sondern darüber hinaus ging. Denn damals hatte sie noch beschlossen, sich dem Kriege zu widersetzen, sobald er den Charakter des Eroberungskrieges annehmen würde.

Diese Vorgänge mußten somit die Genossen der Minderheit vor die Gewissensfrage stellen, ob sie künftig noch davon absehen dürften, auch öffentlich in der Reichstagssitzung gegen die Kredite zu stimmen und ihre Abstimmung zu begründen.

Die Entscheidung drängte. Wieder wurden 10 Milliarden Kriegskredite gefordert, und in der Fraktionssitzung beschloß die Mehrheit, auch diese zu bewilligen. Für die Bewilligung sprachen sich mit Einschluß der in der Fraktion Nichtanwesenden, deren Meinung nachträglich eingeholt wurde, 66 aus, dagegen 44. 20 von dieser Minderheit hielten es nach gewissenhafter Prüfung für ein Verbrechen an der Partei, noch länger

im Reichstage zu schweigen, zumal da weite Kreise der Parteigenossen geradezu an ihren Führern irre zu werden anfingen.

Sie beschlossen daher, im Plenum gegen die Kredite zu stimmen und die Abstimmung mit einer schriftlich formulierten Erklärung zu begründen, zu deren Verlesung der Genosse Geyer bestimmt wurde. Die Beteiligung des Genossen Haase an dieser Abstimmung und Erklärung hat dem Parteivorstand in der Broschüre „Materialien zur Parteispaltung", die mit Verdächtigungen, Verunglimpfungen und Entstellungen vollgepropft ist, Anlaß auch zu folgendem persönlichem Angriff gegeben. Unter Hinweis auf eine Fraktionsvorstands-Sitzung vom 17. Dezember 1915 heißt es:

> „Genosse Haase gab dort die Erklärung ab, daß er diese Aktion nicht mitmachen werde. Aber schon zwei Tage später hatte er seine Meinung geändert und er erklärte dem Vorstande, daß er sich an der Abgabe einer besonderen Erklärung nun doch beteiligen werde. Das ist denn auch geschehen."

Dazu ist folgendes zu bemerken: Genosse Haase, der die gesonderte Abstimmung im Reichstage und die Abgabe einer Erklärung grundsätzlich für erforderlich hielt, hatte doch zunächst mit Rücksicht auf seine Stellung als Vorsitzender der Fraktion von der Beteiligung Abstand nehmen wollen. In diesem Sinne hatte er sich am 17. Dezember erklärt. Als er nun aber am Tage darauf erfuhr, daß die Ausschließung derjenigen Genossen, die die Erklärung abgeben würden, betrieben werden solle, hielt er sich für verpflichtet, nunmehr mit den Bedrohten sich solidarisch zu erklären und in Konsequenz seiner Haltung sein Amt als Fraktionsvorsitzender niederzulegen. Auch der Genosse Hoch trat darauf aus dem Vorstand aus, ohne jedoch im Plenum gegen die Kredite zu stimmen. Die Sinnesänderung Haases vom 17. zum 19. Dezember ist also innerlich begründet.

Am 21. Dezember stimmten von den 44 Kreditgegnern 20 sozialdemokratische Abgeordnete im Plenum des Reichstags gegen die Kredite; 22 verließen vor der Abstimmung den Saal; einer (Genosse Stücklen) fungierte als Schriftführer und einer (der Genosse Stubbe) stimmte mit der Mehrheit der Fraktion für die Kredite.

Die von Geyer verlesene Erklärung lautet:

> „Für mich und 19 meiner Fraktionskollegen habe ich folgendes zu erklären:
>
> Die Militärdiktatur, die rücksichtslos alle Friedensbestrebungen unterdrückt und die freie Meinungsäußerung zu ersticken sucht, macht es uns unmöglich, außerhalb dieses Hauses unsere Stellung zu der Kreditvorlage zu begründen. (Sehr richtig! bei einem Teil der Sozialdemokraten.) Wie wir Eroberungspläne, die von Regierungen und Parteien anderer Länder aufgestellt werden, mit aller Kraft bekämpfen, **so wenden wir uns mit derselben Entschlossenheit auch gegen das verhängnisvolle Treiben der Annexionspolitiker unseres Landes** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die in gleicher Weise wie jene das stärkste Hindernis für die Einleitung von Friedensverhandlungen sind. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese gefährliche Politik hat der Reichskanzler am 9. Dezember, als er zu der sozialdemokratischen Interpellation das Wort ergriff, nicht von sich gewiesen, er hat ihr vielmehr Vorschub geleistet (Zustimmung bei einem Teile der Sozialdemokraten), und die sämtlichen bürgerlichen Parteien haben in Unterstützung seiner Ausführungen ausdrücklich Gebietserwerbungen gefordert. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Erfolgversprechende Friedensverhandlungen sind aber nur möglich auf der Grund-

lage, daß kein Volk vergewaltigt, daß die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit jedes Volkes gewahrt, daß allenthalben Eroberungsplänen jeder Art entsagt wird. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Unsere Landesgrenzen und unsere Unabhängigkeit sind gesichert, nicht der Einbruch feindlicher Heere droht uns, wohl aber geht unser Reich wie das übrige Europa bei Fortsetzung des Krieges der Gefahr der Verarmung und der Verwüstung seiner Kultur entgegen. Der deutschen Regierung käme es zu, da Deutschland sich mit seinen Verbündeten in günstigerer Kriegslage befindet, den ersten Schritt zum Frieden zu tun. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von der sozialdemokratischen Fraktion ist sie aufgefordert worden, den Gegnern ein Friedensangebot zu machen. Der Reichskanzler hat dies jedoch **schroff abgelehnt.** Der entsetzliche Krieg geht weiter, jeder Tag schafft neue unsägliche Leiden. Eine Politik, die nicht alles tut, um diesem namenlosen Elend Einhalt zu gebieten, eine Politik, die in ihrer gesamten Betätigung in schreiendem Gegensatz zu den Interessen der breiten Massen der werktätigen Bevölkerung steht, durch unser parlamentarisches Verhalten zu unterstützen, ist uns unmöglich. (Sehr richtig! bei einem Teil der Sozialdemokraten.) Es gilt, dem in allen Ländern hervortretenden und wachsenden Friedensbedürfnis einen kräftigen Antrieb zu geben. Unseren Friedenswillen und unsere Gegnerschaft gegen Eroberungspläne können wir nicht vereinbaren mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten. **Wir lehnen die Kredite ab."**

Bei aller sachlich klaren Präzisierung des Gegensatzes, in dem die Zwanzig zur Politik der Reichsregierung und der bürgerlichen Parteien nicht nur, sondern auch zur Fraktionsmehrheit sich befinden, ist doch **eine Polemik gegen die andersdenkenden Fraktionskollegen im Parteiinteresse vermieden worden.** Unehrlich handeln also diejenigen, die der Minderheit Spaltungsabsichten unterstellen und zugleich über die angebliche Lauheit des Tons und ungenügende Schärfe der abgegebenen Erklärung hämische Bemerkungen machen.

Von anderer Seite ist die Wendung: „Unsere Landesgrenzen und unsere Unabhängigkeit sind gesichert" — angegriffen worden, als ob damit die Minderheit sich auf den Standpunkt der Fraktionsmehrheit vom 4. August 1914 gestellt hätte. Diese Auffassung ist irrig. In Wahrheit sollte dadurch der Regierung und ihren Anhängern ein Argument aus der Hand geschlagen werden, mit dem sie die Initiative zu Friedensverhandlungen immer wieder bekämpften. Das geht klar aus dem kurz darauffolgenden Satz hervor: „Der deutschen Regierung käme es zu, da Deutschland sich mit seinen Verbündeten in der günstigeren Kriegslage befindet, den ersten Schritt zum Frieden zu tun."

Gegen das Vorgehen der Minderheit wurde noch am Abend des 21. Dezember in einer Fraktionssitzung Stellung genommen. Es lag ein von Legien gestellter und von David unterstützter Antrag auf Ausschluß der 20 Dissidenten aus der Fraktion vor. Ein von Ebert, Fischer (Berlin), Molkenbuhr und Scheidemann gestellter Antrag wollte ihnen die aus der Fraktionszugehörigkeit erwachsenden **Rechte entziehen.** In der Auseinandersetzung spielte der Vorwurf der **Durchbrechung der Fraktionsdisziplin** die Hauptrolle, während seitens der Angegriffenen in kurzen Erklärungen betont wurde, daß diese Durchbrechung des Fraktionsgebrauchs notwendig geworden sei durch den **Disziplinbruch der Mehrheit gegenüber den Beschlüssen der Parteitage und der internationalen Kongresse. Parteigrundsätze gelten mehr als jede formelle Disziplin.**

Als von einigen Genossen, die zwar Gegner der Kredite waren, aber sich dennoch dem Fraktionsbeschlusse gefügt hatten, besonders scharf der Antrag Ebert und Genossen

bekämpft wurde als eine hinterhältige Umgehung des formalen Ausschlusses, um auf Umwegen das nämliche zu erwirken, zogen die Antragsteller ihren Antrag zugunsten eines Antrags Hoffmann (Kaiserslautern) zurück, der einen scharfen Tadel gegen die Dissidenten aussprach. Bei der Abstimmung wurde dann zunächst der Antrag Legien gegen 18 Stimmen abgelehnt, und dann das **Tadelsvotum** gegen 15 Stimmen (bei mehreren Stimmenthaltungen) angenommen.

Der zurückgezogene Antrag Ebert, der einer Mitteilung Scheidemanns zufolge dem Kopfe des Genossen Richard Fischer (Berlin) entsprungen sein soll, wurde indes später zweimal zur Entrechtung der Opposition wieder aufgefrischt. Das erste Mal gegenüber dem Genossen Liebknecht. Als dieser Antrag gegen ihn gestellt wurde, behinderte man ihn durch Kürzung der Redezeit, sich genügend zu verteidigen. Gegen den Antrag konnten nur noch die Genossen Ledebour und Herzfeldt sprechen. Dann wurde durch Debatteschluß den Oppositionsvertretern das Wort abgeschnitten und der Antrag mit zweidrittel Mehrheit angenommen. Damit war dem Genossen Liebknecht die Ausübung seiner parlamentarischen Rechte und Pflichten tatsächlich unmöglich gemacht. Er zog daraus die gebotene Konsequenz, auch formell aus der Fraktion auszuscheiden. Mit ihm schied der Genosse Rühle aus. Gegen den Entrechtungsbeschluß erließen die anderen Genossen der Minderheit einen **Protest,** der von der Auffassung ausgeht, daß eine Fraktionsmehrheit gar nicht berechtigt ist, einem Kollegen die Rechte, die ihm aus der Fraktionszugehörigkeit erwachsen, abzuerkennen.

Es ist nachträglich gegen die 18 Genossen der Minderheit, die die Erklärung vom 21. Dezember gleichfalls unterzeichnet hatten, in einem Flugblatt „Die Lehre des 24. März" der Vorwurf erhoben worden, daß sie damals ruhig in der Fraktion geblieben seien, „ohne sich mit Liebknecht und Rühle zu solidarisieren". Dieser Vorwurf ist durchaus unberechtigt. Liebknecht hatte seine Taktik, fortwährend kleine Anfragen zu stellen, auf eigene Faust eingeschlagen. Er erklärte übrigens damals ausdrücklich selbst, daß er es auch für **richtig** halte, daß die anderen Kollegen innerhalb der Fraktion verblieben seien.

V.

Die Annahme, daß die Fraktionsmehrheit nur nach einem Vorwand zur Entrechtung der Opposition suchte, sollte sich bald bewahrheiten. Die wenigen Sitzungstage im Januar gingen zwar ohne ernstliche Zusammenstöße zwischen Mehrheit und Minderheit hin. Der März brachte indes die Entscheidung. Es stand die erste Lesung des Etats bevor. Die Minderheit verlangte wiederum, daß einem ihrer Redner hierbei Gelegenheit gegeben werde, das Wort zu ergreifen.

Der vorgeschlagene Genosse Haase wurde abermals abgelehnt; gewählt wurden Ebert und Scheidemann. Diese beharrliche Weigerung, einen Minderheitsredner bei entscheidender, großen Debatten über die Kriegspolitik sprechen zu lassen, ist eine **Intoleranz und Mundtotmachung, die auch mit einem früher allgemein geübten Brauch in Widerspruch steht.** Es ist zur Entschuldigung des Verhaltens der Mehrheit eingewendet worden, daß ja bei allen möglichen anderen Gelegenheiten auch Minderheitsvertreter zum Wort gekommen seien. Das ist jedoch eine Ausflucht. Denn es handelt sich gerade darum, daß sie in den **entscheidenden Debatten am Reden gehindert wurden.** Neuerdings wurde noch geltend gemacht, daß auch früher nicht, wenn es sich um Beschlüsse handelte, die gegen eine Minderheit gefaßt wurden, der Minderheit ein Redner zugestanden worden sei. Für Etatsdebatten paßt diese Behauptung indes schon deshalb nicht, weil **früher niemals die Zustimmung zum Etat von der Fraktion beschlossen worden ist.** Wenn nunmehr entgegen den zwingenden Parteitagsbeschlüssen die Mehrheit den Etat bewilligen wollte, so hätte sie schon deshalb der auf dem Boden der Parteitagsbeschlüsse stehenden Minderheit die Möglichkeit, ihren Standpunkt zu begründen, nicht **einschränken dürfen. Gerade bei den Etatsdebatten** ist aber früher der Minderheit von

der damals radikalen Mehrheit in voller Parität die Vertretung ihrer Anschauungen ermöglicht worden.

Diese erneute Unterdrückung des Rechts der Minderheit brachte sie zu dem Entschluß, sich die Aussprache ihrer Anschauungen über die Kriegspolitik der Regierung durch den Terrorismus der Mehrheit keinesfalls verwehren zu lassen. **Und in Treue zu den Parteitagsbeschlüssen, in Achtung des obersten Parteiwillens und in Konsequenz ihrer eigenen Haltung mußte sie auch den Notetat ablehnen.** Darüber konnte die Mehrheit nicht einen Augenblick im unklaren sein.

Die Minderheit verständigte sich am 23. März abends darüber, daß Haase am nächsten Tage die Ablehnung des Etats durch eine politische Rede begründen solle. Haase teilte seine Absicht kurz vor Beginn der Sitzung um 11 Uhr dem Genossen Scheidemann mit. Daß es nicht schon in der Fraktionssitzung geschah, beruhte auf einem Beschluß der Minderheit, weil sie glaubte, wegen eines bereits erkämpften Rechts nicht nochmals Verhandlungen führen zu sollen. Sie wollte aber auch verhindern, daß ihr Vorhaben vorzeitig den bürgerlichen Parteien bekannt und von diesen verhindert werden konnte.

Die Mehrheitsvertreter, die mit wachsender Besorgnis hatten wahrnehmen müssen, **daß die Minderheit durch ihr entschlossenes Vorgehen am 21. Dezember stetig an Einfluß unter den Parteigenossen gewann, haben nun diesen höchst nebensächlichen Umstand, daß** der Vorstand erst beim Beginn der Sitzung vom Vertreter der Minderheit unterrichtet wurde, auszunutzen gesucht, um die Minderheit ins Unrecht zu setzen. Als Haase in der Debatte über das Notgesetz seine Ausführungen zu machen suchte, wurde er mehrmals von Mehrheitsvertretern unterbrochen, deren Zurufe schließlich in niedrige Beschimpfungen ausarteten. Tosender Beifall der bürgerlichen Abgeordneten lohnte den Keil und Sachse, den David und Südekum, den Cohen und anderen für ihr würdeloses Treiben. Der Präsident wurde dadurch angestachelt, dem Genossen Haase ins Wort zu fallen und stellte nach dreimaliger Aufforderung zur Sache an das Haus die Frage, ob es den Redner weiter sprechen lassen wolle. **Da geschah das bis dahin Unerhörte: eine ganze Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter stimmte dafür, daß einem Volksvertreter, und dazu noch einem Parteigenossen, das Wort entzogen wurde!**

VI.

In der unmittelbar an diese Szene sich anschließenden Fraktionssitzung wurde vom Fraktionsvorstande der Antrag gestellt, zu erklären, daß Haase und diejenigen, welche „die gemeinsam gefaßten Beschlüsse gröblichst mißachten und öffentlich durchkreuzen", durch „Disziplinbruch" und „Treubruch" die **Rechte verwirkt** hätten, die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringen. Die Minderheitsvertreter verschmähten es, sich in eine Debatte mit den Gewaltspolitikern der Mehrheit einzulassen. Sie legten durch den Genossen Stolle folgende Rechtsverwahrung ein:

> „Namens meiner engeren Freunde erkläre ich folgendes: Der Kollege **Haase hat mit unser aller Zustimmung seine heutige Rede gehalten,** hat auch **mit unserer Zustimmung in der Fraktionssitzung die ausdrückliche Ankündigung, reden zu wollen, unterlassen.** Daß Haase unsere von der Meinung der Fraktionsmehrheit abweichende Auffassung im Plenum des Reichstags Ausdruck gebracht hat, war die notwendige und für alle Fraktionskollegen selbstverständliche Folgerung aus unserem Vorgehen vom 21. Dezember 1915."

Der Entrechtungsantrag wurde gegen 26 Stimmen angenommen. Die Gemaßregelten waren damit in Wahrheit aus der Fraktion ausgeschlossen und konstituierten sich dann als **„Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft".**

Es sind die Genossen Bernstein, Bock, Büchner, Oskar Cohn (Nordhausen), Dittmann, Geyer, Haase, Henke, Herzfeldt, Horn, Kunert, Ledebour, Schwartz, Stadthagen,

Stolle, Vogtherr, Wurm, Zubeil, denen später sich auch noch Genosse Ryssel angeschlossen hat. Zu Vorsitzenden wurden Haase und Ledebour, zum Schriftführer Dittmann gewählt.

Die Arbeitsgemeinschaft erließ folgende Erklärung:

> „Die unterzeichneten sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstags erklären folgendes:
>
> Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat uns heute mit 58 gegen 33 Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen, der „aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte" beraubt. Dieser Beschluß macht es uns unmöglich, innerhalb der Fraktion noch ferner die Pflichten zu erfüllen, die uns durch die Wahl als Abgeordnete der sozialdemokratischen Partei auferlegt sind. Wir sind uns bewußt, getreu den Grundsätzen der Partei und den Beschlüssen der Parteitage gehandelt zu haben. Um so die Pflichten gegenüber unseren Wählern auch weiter erfüllen zu können, sind wir genötigt, uns zu einer **Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft** zusammenzuschließen.
>
> Den völlig unbegründeten Vorwurf des Disziplinbruches und des **Treubruchs** weisen wir zurück.
>
> **Berlin,** den 24. März 1916.
>
> **Bernstein, Bock, Büchner,** Dr. **Oskar Cohn, Dittmann, Geyer, Haase, Henke Dr. Herzfeldt, Horn, Kunert, Ledebour, Schwarz** (Lübeck), **Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm, Zubeil.**

Diese 18 Genossen haben von der Bildung der Fraktion „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft" dem Bureau des Reichstags Mitteilung gemacht und als ihren Vorstand die Genossen **Haase, Ledebour** und **Dittmann gewählt."**

VII.

So bedauerlich die Fraktionsspaltung ist, so ist sie doch schließlich unvermeidlich **geworden durch die grundsätzlich verschiedene Stellung,** die Mehrheit und Minderheit **der Fraktion** zu den für Leben und Entwicklung der Partei wichtigsten Fragen eingenommen haben. Sie bedeutet aber **nicht eine Spaltung der Partei** und wird nicht dazu **führen, wenn nicht Mehrheit** und Parteivorstand es geflissentlich dazu treiben. Der **nächste Parteitag wird zeigen,** wie die Gesamtpartei über diese Fragen denkt. Die Ge**nossen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft** betrachten es bis dahin als ihre **Aufgabe** und **Pflicht, innerhalb der Parteigenossenschaft** für ihre Auffassung zu wirken, **also auch innerhalb der Organisationen** nach wie vor ihre durch Programm und **Statuten der Partei** gebotene Pflicht gewissenhaft zu erfüllen.

Sie legen deshalb auch den Parteigenossen es dringend ans Herz, in **gleichem Sinne für die Aufklärung über den Krieg und alle damit zusammenhängenden Fragen tätig zu sein,** und sich nicht durch brutale Herausforderung oder durch Verärgerung über die gegen die Minderheit oder einzelne Parteigenossen im Lande ergriffenen Maßregeln **zum Austritt** aus den Organisationen, oder auch nur zur Nichtablieferung der pflichtgemäßen Beiträge an den Parteivorstand verleiten zu lassen. Auf solche Verstöße lauern die **Machthaber** nur, um durch Ausschließungen den Einfluß der oppositionellen Elemente in der Partei zu schwächen.

Die Arbeitsgemeinschaft hat bereits jetzt durch ihre Tätigkeit im Reichstage selbst den Beweis für die Notwendigkeit ihres Vorgehens erbracht. Es hat sich gezeigt, wie **heilsam ihre Selbständigkeit** für die sozialdemokratische Sache ist. So hat in der ersten

Tagung des Etats ausführlich Genosse Haase die **grundsätzliche Stellung der Partei zur Annexionsfrage, zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen, zum Völkerrecht dargelegt.** In der U-Boot-Frage hat die Arbeitsgemeinschaft allein mit ihrem Antrage **auf grundsätzliche Verwerfung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges** sowohl in der Kommission als im Plenum des Reichstags den Standpunkt vertreten, der früher für die Partei selbstverständlich war, von der Mehrheit aber verlassen worden ist. Ebenso war es die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, die, als Liebknecht am 8. April im Reichstag vergewaltigt wurde, für die Redefreiheit im Parlament und die **wahrheitsgetreue** Berichterstattung über Parlamentsverhandlungen in der Presse gegen präsidiale Eingriffe sofort eintrat.

Unsere Haltung in der U-Boot-Frage hat bereits eine volle Rechtfertigung erfahren dadurch, daß die Reichsregierung in ihrer Note vom 5. Mai an die amerikanische Regierung genau den Standpunkt hat einnehmen müssen, der in der Resolution der Arbeitsgemeinschaft zum Ausdruck gekommen ist.

* * *

Aus dieser Darstellung geht hervor, daß die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft ein historisch notwendiger Akt gewesen ist, notwendig für die Entwicklung zum Sozialismus, notwendig im Interesse des deutschen wie des internationalen Proletariats, notwendig, um die Einheit der Partei auf der Grundlage sozialistischer Grundsätze zu sichern.

Für die Fraktion
der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft
Der Vorstand.

Printed in Germany

END OF
TITLE